

Allgemeine Geschäftsbedingungen (B2C)

für Dienstverträge über Beratungsleistungen

die zwischen

Dr. Stefan Halft
Gemeinsam wachsen
Grabengase 29
94032 Passau
im Folgenden: Berater

und

Ihnen als Klient*in (m/w/d)
im Folgenden: Klient

geschlossen werden.

§ 1 Geltungsbereich

(1) Die nachfolgenden AGB gelten für die Geschäftsbeziehungen (Verträge über Beratungsleistungen als Dienstverträge iSd §§ 611 ff. BGB) zwischen dem Berater und dem Klienten als Verbraucher. Der Klient ist Verbraucher, soweit der Zweck der geordneten Leistungen nicht überwiegend seiner gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann (§ 13 BGB).

(2) Maßgebend ist die jeweils bei Abschluss des Vertrags gültige Fassung der AGB.

(3) Abweichende Bedingungen des Klienten akzeptiert der Berater nicht, es sei denn, er stimmt der Geltung der abweichenden Bedingungen ausdrücklich schriftlich zu.

§ 2 Vertragsgegenstand

(1) Gegenstand des Vertrages zwischen Berater und Klient können insbesondere folgende Beratungsleistungen sein:

- Karriereberatung
- Bewerbungcoaching
- Erstellung eines Kompetenzprofils (Kompetenzbilanz)
- Coaching

Neben der Beratung von Klienten als Einzelpersonen bietet der Berater auch Gruppenworkshops an.

(2) Gegenstand des Dienstvertrages ist die Erbringung der vereinbarten Beratungsleistungen durch den Berater. Der Inhalt und das Ziel der Beratung werden zwischen Berater und Klient gemeinsam im Rahmen einer Auftragsklärung festgelegt.

(3) Beratung und Coaching erfordern die aktive Mitarbeit des Klienten. Der Berater ermöglicht, strukturiert und begleitet den Prozess des Klienten und gewährleistet dessen Qualität. Der Berater schuldet jedoch nicht die Herbeiführung eines bestimmten Erfolges oder die Erreichung des subjektiven Ziels des Klienten.

(4) Beratungsleistungen für Einzelklienten können als Präsenzberatung, Videoberatung oder Telefonberatung erbracht werden. Über die Art der Durchführung verständigen sich Berater und Klient.

(5) Der Berater stellt keine medizinischen, naturheilkundlichen oder sonstige therapeutischen Diagnosen. Die Beratung stellt keine medizinische, naturheilkundliche oder sonstige therapeutische Behandlung dar und ersetzt solche auch nicht.

§ 3 Rechtliche Rahmenbedingungen und Verständnis von Beratung und Coaching

(1) Zusammenarbeit zwischen Berater und Klient

Der Berater und der Klient beabsichtigen, für eine bestimmte Zeit im Rahmen der vertragsgegenständlichen Beratung zusammenzuarbeiten. Diese Beratung beruht auf Kooperation und gegenseitigem Vertrauen. Sie erfolgt von der Haltung ausgehend, dass der Klient selbst am besten weiß, was für ihn am besten ist. Die Erreichung des subjektiven Ziels des Klienten oder eines bestimmten Erfolges ist maßgeblich an eine aktive Prozessteilnahme des Klienten gebunden.

(2) Eigenverantwortung des Klienten

Der Klient handelt in jeder Phase der gemeinsamen Arbeit eigenverantwortlich. Alle Schritte und Maßnahmen, die der Klient im Rahmen der Beratung unternimmt, liegen in seinem Verantwortungsbereich. Er ist für seine physische und psychische Gesundheit sowie das eigene Wohlbefinden in vollem Umfang selbst verantwortlich. Der Klient ist daher auch dafür verantwortlich, dem Berater Umstände anzuzeigen, die dem Erfolg der Beratung entgegenstehen oder die physische und psychische Gesundheit des Klienten beeinträchtigen könnten. Der Berater wird dem Klienten andere geeignete Spezialisten/Stellen nennen, wenn er selbst sich nicht in der Lage sieht, die Beratung zu den anvisierten Zielen zu führen.

(3) Einvernehmliche Auswahl konkreter Methoden und Transparenz seitens des Beraters

Aufgrund der bestehenden Eigenverantwortung des Klienten sowie der Erforderlichkeit eines Vertrauensverhältnisses innerhalb der Zusammenarbeit wird die Auswahl konkreter Methoden einvernehmlich zwischen dem Klienten und dem Berater getroffen. Der Berater wird dem Klienten die von ihm angewandten Methoden, ihre Funktionsweisen und Zwecke sowie die Risiken und die möglichen Ergebnisse in jeder Phase der Beratung offenlegen.

§ 4 Vertragsschluss

(1) Verträge zwischen dem Berater und dem Klienten können grundsätzlich schriftlich, telefonisch, per E-Mail, über Webseiten, per Messenger oder persönlich zustande kommen.

(2) Die Präsentation und Darstellung von Beratungsleistungen auf der Website des Beraters (<https://www.gemeinsamwachsen.de>) sowie auf den Plattformen Facebook, Google, Instagram, LinkedIn und XING stellt kein rechtlich bindendes Angebot zum Abschluss eines Beratungsvertrags dar.

(3) Eine Anfrage oder Kontaktaufnahme des Klienten hat den Gehalt einer Interessenbekundung für eine Beratungsleistung. Eine Anfrage oder Kontaktaufnahme kann (fern)mündlich, online (z.B. per E-Mail, Kontaktformular), per Messengerdienst oder schriftlich erfolgen. Sie ist unverbindlich und stellt für beide Seiten noch keinen Vertragsabschluss dar.

(4) Vereinbaren Berater und Klient einen erstmaligen Termin im Sinne eines Vorgesprächs, das der Auftragsklärung dient, oder bucht der Klient über ein Terminbuchungsportal ein Vorgespräch, stellt diese erstmalige Terminvereinbarung ebenfalls noch keinen Vertragsabschluss dar.

(5) Auf Basis der Anfrage des Klienten bzw. des Vorgesprächs erstellt der Berater ein Beratungsangebot für den Klienten. Mit der Annahme dieses Angebots (mündlich, schriftlich oder in Textform) durch den Klienten, spätestens in Form der Buchung eines verbindlichen Beratungstermins durch den Klienten, kommt der Beratungsvertrag zustande.

§ 5 Widerrufsrecht für Verbraucher

(1) Klienten, die Verbraucher sind, haben bei Abschluss eines Fernabsatzgeschäfts grundsätzlich ein gesetzliches Widerrufsrecht, über das der Berater nach Maßgabe des gesetzlichen Musters nachfolgend informiert. Fernabsatzgeschäfte sind Verträge zwischen einem Verbraucher und einem Unternehmer, die ausschließlich unter Zuhilfenahme von Fernkommunikationsmitteln zustande kommen. Fernkommunikationsmittel sind alle Kommunikationsmittel, die zur Anbahnung oder zum Abschluss eines Vertrags eingesetzt werden können, ohne dass die Vertragsparteien gleichzeitig körperlich anwesend sind (z.B. Telefon, E-Mail, Briefe, Messenger/SMS u.ä.).

(2) Über das Widerrufsrecht und die Folgen des Widerrufs informiert der Berater nach der gesetzlichen Regelung wie folgt (Widerrufsbelehrung):

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns (Dr. Stefan Halft, Gemeinsam Wachsen, Grabengasse 29, 94032 Passau, Tel. +49 157 58215714, E-Mail: kontakt@gemeinsamwachsen.de) mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief oder eine E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Sie können das Muster-Widerrufsformular oder eine andere eindeutige Erklärung auch auf unserer Webseite <https://gemeinsamwachsen.de> elektronisch ausfüllen und übermitteln. Machen Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch, so werden wir Ihnen unverzüglich (z.B. per E-Mail) eine Bestätigung über den Eingang eines solchen Widerrufs übermitteln.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen sollen, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrages unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

– Ende der Widerrufsbelehrung –

(3) Über das Muster-Widerrufsformular informiert der Berater nach der gesetzlichen Regelung wie folgt:

Muster-Widerrufsformular

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.)

An

Dr. Stefan Halft

Gemeinsam Wachsen

Grabengasse 29,

94032 Passau

kontakt@gemeinsamwachsen.de

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung der folgenden Dienstleistung: _____, bestellt am: _____.

Name des/der Verbraucher(s)

Anschrift des/der Verbraucher(s)

Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier)

Datum

(*) Unzutreffendes streichen

§ 6 Termine, Zeitintervalle und Ausfallhonorar

(1) Termine finden als Präsenzberatung, Videoberatung oder Telefonberatung statt.

(2) Der Berater und der Klient vereinbaren Termine und Zeitintervalle grundsätzlich einvernehmlich und nach Bedarf. Eine Ausnahme bildet die „Kompetenzenbilanz“: Sie umfasst eine Serie von insgesamt 4 Terminen.

(3) Terminabsage und Terminversäumnis seitens des Klienten:

Termine, die bis zu 24 Stunden vor Terminbeginn abgesagt werden, werden nicht in Rechnung gestellt. Termine, die bis zu 12 Stunden vor Terminbeginn abgesagt werden, werden mit der Hälfte des einschlägigen Honorars als Ausfallhonorar in Rechnung gestellt. Termine, die ohne Absage nicht wahrgenommen werden, werden in voller Höhe als Ausfallhonorar in Rechnung gestellt. Hiervon ausgenommen ist der erstmalige Termin (Vorgespräch), der der ersten Auftragsklärung dient.

(4) Terminabsage seitens des Beraters:

Sagt der Berater den Termin ab, entstehen dem Klienten keine Kosten. Der Berater wird dann einen zeitnahen Ersatztermin anbieten.

(5) Abbruch der „Kompetenzenbilanz“

Bei einem Abbruch der „Kompetenzenbilanz“ vor Wahrnehmung aller 4 Termine fallen Kosten in Höhe der bereits wahrgenommenen Termine als Anteil vom Gesamtpreis an (z.B. die Hälfte der Gesamtkosten bei Abbruch nach dem zweiten Termin).

§ 7 Honorar und Fälligkeit der Vergütung, Ermäßigungen

(1) Für die Leistungen des Beraters gelten folgende Preise. Als Kleinunternehmer im Sinne von § 19 UStG wird derzeit keine Umsatzsteuer berechnet:

- Allgemeine Fragen und Vorgespräch: kostenlos
- Karriereberatung
 - regulär: EUR 75,- je 60 Minuten
 - ermäßigt: EUR 65,- je 60 Minuten
- Bewerbungscoaching – Variante Basic (1 Termin)
 - regulär: EUR 49,-
 - ermäßigt: EUR 59,-
- Bewerbungscoaching – Variante Komfort
 - regulär: EUR 75,- je 60 Minuten
 - ermäßigt: EUR 65,- je 60 Minuten
- Kompetenzenbilanz (4 Termine)
 - regulär: EUR 699,-
 - ermäßigt: EUR 599,-
- Coaching
 - regulär: EUR 80,- je 60 Minuten
 - ermäßigt: EUR 70,- je 60 Minuten

Die Berechnung erfolgt nach 60 Minuten in Intervallen von 15 Minuten.

(2) Rechnungen werden nachträglich nach jeder Sitzung gestellt und postalisch oder digital vom Berater übermittelt. Die Rechnung für die „Kompetenzenbilanz“ wird nach der letzten Sitzung übermittelt. Bei Terminabsagen/-versäumnissen iSv § 5 Abs. 3, die ein Ausfallhonorar auslösen, wird eine Rechnung nach dem abgesagten bzw. versäumten Sitzungstermin gestellt und übermittelt. Beim Abbruch einer Kompetenzenbilanz vor Wahrnehmung aller 4 Termine iSv. § 5 Abs. 5 wird nach Mitteilung des Abbruchs eine Rechnung über die bereits wahrgenommenen Termine als Anteil vom Gesamtpreis gestellt und übermittelt.

(3) Honorarforderungen werden mit Rechnungsstellung fällig und sind innerhalb von 10 Tagen nach Rechnungserhalt ohne Abzüge unter Angabe der Rechnungsnummer zu zahlen. Die Umsatzsteuer wird mit dem zur Zeit der Leistungserbringung geltenden Umsatzsteuersatz in Rechnung gestellt und in der Rechnung gesondert ausgewiesen.

(4) Der Klient ist nicht berechtigt, gegenüber Forderungen des Beraters aufzurechnen, es sei denn, die Gegenansprüche sind rechtskräftig festgestellt oder unbestritten. Der Klient ist zur Aufrechnung gegenüber Forderungen des Beraters auch berechtigt, wenn die zur Aufrechnung gestellte Forderung aus ei-

nem Anspruch erwächst, dessentwegen der Klient auch zurückbehalten könnte oder hätte zurückbehalten können. Die Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts steht dem Klienten nur wegen Gegenansprüchen aus demselben Vertragsverhältnis zu.

(5) Ermäßigungen gelten für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende.

§ 8 Vertragslaufzeit, Beendigung

(1) Beim Format „Allgemeine Fragen“, einem Vorgespräch oder dem Bewerbungskoaching in der Variante „Basic“ endet das Vertragsverhältnis nach Durchführung des Gesprächs.

(2) Bei Beratungen, die auf die Wahrnehmung mehrerer Sitzungen ausgelegt sind, gilt der Vertrag unbefristet. Dieser Vertrag kann jederzeit ohne Begründung beiderseitig mit einer Frist von 7 Tagen gekündigt werden. Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 9 Verschwiegenheit

(1) Der Berater verpflichtet sich, über sämtliche Inhalte der Beratung mit dem Klienten gegenüber Dritten Stillschweigen zu bewahren. Dies gilt auch nach Beendigung der Beratung. Eine Auskunftserteilung gegenüber Dritten darf nur erfolgen, wenn und insoweit der Klient den Berater ausdrücklich schriftlich von dieser Pflicht entbindet, oder der Berater aufgrund gerichtlicher oder gesetzlicher Anordnung zur Auskunftserteilung verpflichtet ist.

(2) Der Klient verpflichtet sich, über im Rahmen von Gruppenveranstaltungen erlangte vertrauliche Informationen der anderen Teilnehmer Stillschweigen zu bewahren und diese nur im vorher schriftlich hergestellten Einvernehmen mit dem jeweiligen Teilnehmer Dritten gegenüber zu verwenden, es sei denn, es besteht eine verpflichtende gerichtliche oder gesetzliche Anordnung zur Auskunftserteilung.

§ 10 Haftung

(1) Ansprüche des Klienten gegenüber dem Berater auf Schadensersatz sind ausgeschlossen, soweit sich nachfolgend nicht etwas anderes ergibt.

(2) Vom Haftungsausschluss ausgenommen sind Schadensersatzansprüche des Klienten aus der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder aus der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten) sowie die Haftung für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Beraters beruhen. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf.

(3) Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten haftet der Berater nur auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden, wenn dieser einfach fahrlässig verursacht wurde, es sei denn, es handelt sich

um Schadensersatzansprüche des Klienten aus einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

§ 11 Information zur Online-Streitbeilegung und Verbraucherschlichtungsstelle

(1) Die EU-Kommission hat eine Internetplattform zur Online-Beilegung von Streitigkeiten geschaffen. Die Plattform dient als Anlaufstelle zur außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten betreffend vertragliche Verpflichtungen, die aus Online-Dienstverträgen zwischen Verbrauchern und Unternehmern erwachsen. Nähere Informationen sind unter dem folgenden Link verfügbar: <https://ec.europa.eu/consumers/odr>.

(2) Zur Teilnahme an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle nach dem deutschen Verbraucherstreitbeilegungsgesetz ist der Berater weder bereit noch verpflichtet.

§ 12 Datenschutz

Der Berater erhebt, speichert und verarbeitet personenbezogene Daten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen der DSGVO und des BDSG. Einzelheiten können der Datenschutzerklärung entnommen werden.

§ 13 Anwendbares Recht, Gerichtsstand, Schlussbestimmungen

(1) Auf Verträge zwischen dem Berater und dem Klienten findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. Die gesetzlichen Vorschriften zur Beschränkung der Rechtswahl und zur Anwendbarkeit zwingender Vorschriften insbes. des Staates, in dem der Klient als Verbraucher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, bleiben unberührt.

(2) Hat der Klient als Verbraucher keinen allgemeinen Gerichtsstand in der Bundesrepublik Deutschland, so ist Passau nicht-ausschließlicher Gerichtsstand. Verlegt der Klient als Verbraucher seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nach Vertragsabschluss nach außerhalb Deutschlands oder ist sein Wohnsitz oder Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt, so ist Gerichtsstand für Klagen gegen Verbraucher als Vertragspartei Passau, im Übrigen gelten die gesetzlichen Gerichtsstände. Ausschließliche Gerichtsstände, z.B. für das gerichtliche Mahnverfahren, bleiben unberührt.

(3) Der Vertrag bleibt auch bei rechtlicher Unwirksamkeit einzelner Punkte in seinen übrigen Teilen verbindlich. Anstelle der unwirksamen Punkte treten, soweit vorhanden, die gesetzlichen Vorschriften. Soweit dies für eine Vertragspartei eine unzumutbare Härte darstellen würde, wird der Vertrag jedoch im Ganzen unwirksam.